

NR - Rh - Zp 6.07.2006

# SPD: Schüler bleiben an Schule

## Kritik an Stumpf wegen Regionaler Schule

BODENHEIM. Mit „Befremden“ nahm die SPD-Fraktion im Bodenheimer VG-Rat zur Kenntnis, dass bei der Diskussion über die Umwandlung der Regionalen Schule in Nackenheim in ein Gymnasium seitens mancher Beteiligten „unverantwortlich mit den Ängsten und Sorgen der Eltern und Schülern umgegangen wird“, so Fraktionschef Thomas Glück.

„Kein Schüler der Schule, welcher bis einschließlich diesem Schuljahr aufgenommen wird, muss befürchten, an eine andere Schule versetzt zu werden. Alle Schüler können an ihrer Schule in den kommenden Jahren ihre Abschlüsse machen. Parallel dazu soll ab dem nächsten Jahr das dreizügige Gymnasium sukzessiv aufgebaut werden. Es wird somit keine Benachteiligung der Schüler geben“, so Glück. Zudem werde es auch in Zukunft ein Integratives Schulangebot an der Rheinfront geben, da die Hauptschule in Oppenheim zu einer Regionalen Schule umgewandelt werden soll.

Die SPD-Fraktion habe vor der Entscheidung zur Kenntnis nehmen müssen, dass nur noch weniger als ein Fünftel aller Grundschüler (aktuell 18 Prozent) mit weiter fallender Tendenz die Regionale Schule wähle. Der überwiegende Teil der Schüler bevorzuge die Realschule beziehungs-

weise das Gymnasium. Da das Schulgesetz jedoch verlange, dass eine Regionale Schule mindestens dreizügig zu führen ist, um sicherzustellen, dass jeweils eine Haupt- und Realschulklasse geführt werden kann, sei davon auszugehen, dass in absehbarer Zeit die Regionalschule in eine Hauptschule umgewandelt werden wird, meint die SPD. „Würde die Politik jetzt nicht handeln, würde für die Schüler der Verbandsgemeinde Bodenheim in naher Zukunft ein Angebot für eine Regionale Schule komplett entfallen“, so Glück. Der ursprüngliche Wunsch der SPD auf Umwandlung der Regionalen Schule in eine Integrierte Gesamtschule (IGS) ließ sich auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Verbandsgemeinderat nicht durchsetzen.

Kritik übt die SPD an Verbandsbürgermeister Reinhold Stumpf, der „es nicht für notwendig erachtet hat, den Lehrern, Eltern und Schülern der Regionalen Schule die Argumente über die Entscheidung des VG-Rates zur Umwandlung darzulegen“ – obwohl er bereits seit Mitte April informiert gewesen sei. Selbst nachdem der Verbandsgemeinderat per Beschluss die Umwandlung empfohlen habe, sei der Verbandsbürgermeister seiner Informationspflicht nicht nachgekommen, so Thomas Glück.